

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 12. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 20. Oktober 2011

1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss,
Dr. Tanja Machalet
und Fredi Winter (SPD)

Bundesgartenschau 2011 in Koblenz

Nach 185 Tagen hat die erste Bundesgartenschau in Rheinland-Pfalz am 16. Oktober ihre Pforten geschlossen. Die Organisatoren der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz zogen bei der Abschlusspressekonferenz Anfang Oktober ein überaus positives Fazit. Demnach sei die Bundesgartenschau in Koblenz mit einem Besucherrekord von weit über drei Millionen Besucherinnen und Besuchern die erfolgreichste Gartenschau, seitdem 1997 das elektronische Zählverfahren eingeführt wurde. Auch in wirtschaftlicher und touristischer Hinsicht habe die Bundesgartenschau in Koblenz alle Erwartungen übertroffen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Fazit zieht die Landesregierung im Hinblick auf die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz?
2. In welcher Höhe sind im Zuge der Bundesgartenschau finanzielle Landesmittel bewilligt worden?
3. Wie hat das Land die Stadt Koblenz bei der Vorbereitung und Durchführung der Bundesgartenschau unterstützt?
4. Welche weiteren Auswirkungen erwartet die Landesregierung von der Bundesgartenschau 2011 auf die Stadt Koblenz und die Region?

2. Abgeordnete

Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)

Transparenz bei der Ausstellung von Vertretungsverträgen im rheinland-pfälzischen Schuldienst

Frau Staatsministerin Ahnen hat, laut Plenarprotokoll der Landtagssitzung vom 18. August 2011, S. 308, zugesagt, monatlich die Zahlen zu den Vertretungsverträgen im Schuldienst zu veröffentlichen. Diese Zusage ist sie bis heute schuldig geblieben, obwohl zum 16. September 2011 eine Vielzahl an Verträgen ausgelaufen ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wieso ist die Landesregierung ihrer angekündigten öffentlichen Information nicht nachgekommen?
2. Wie erklärt die Landesregierung ihre harsche Reaktion auf die Veröffentlichung von Daten zu Vertretungsverträgen im Schuldienst der Lehrerverbände VBE und Philologenverband, ohne eigene Daten vorzulegen?
3. An wie vielen Schulen wurden Vertretungsverträge nach dem 16. September 2011 nicht verlängert bzw. in ihrem Umfang gekürzt?
4. Wie haben sich die Anzahl und der Umfang der Vertretungsverträge vor und nach dem 16. September 2011 gegliedert nach Schularten verändert?

3. Abgeordnete

**Andreas Hartenfels
und Anna Neuhoﬀ**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nationalpark Rheinland-Pfalz

In einem Nationalpark soll die Natur sich frei entfalten können und im Gegensatz zu anderen Schutzgebieten bietet ein Nationalpark die Möglichkeit, dass sich Ökosysteme ohne Einfluss des Menschen weiterentwickeln können. Die Landesregierung plant für Rheinland-Pfalz, mit einem Nationalpark u. a. die Biodiversitätsstrategie des Bundes umzusetzen, um Rückzugsräume für Tiere und Schutzräume für Pflanzen zu schaffen.

Außerdem soll durch touristische Infrastrukturmaßnahmen die regionale Wirtschaft profitieren.

Zurzeit werden Kommunen, Naturparkträger und Naturschutzorganisationen u. a. aufgerufen, Interesse für eine Ausweisung eines Nationalparks im jeweiligen Gebiet zu bekunden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich die Übergangszeit von der Ausweisung eines Gebietes bis hin zu einem sich frei entwickelnden Ökosystem?
2. Welchen Beitrag kann ein Nationalpark zur Biodiversitätsstrategie in Rheinland-Pfalz leisten?
3. Ist in dieser Übergangszeit ein regulierendes Eingreifen in die Bestände notwendig, um z. B. standortfremde Arten abzuholzen und wird dies auch wirtschaftlich genutzt?
4. In welcher Form will die Landesregierung die betroffenen Regionen bei der Meinungsbildung zu einem Nationalpark in der jeweiligen Region unterstützen?

4. Abgeordnete

**Herbert Schneiders und
Matthias Lammert (CDU)**

Einsatz von Quellen-Telekommunikationsüberwachung in Rheinland-Pfalz

Laut Medienberichten (vgl. z. B. Allgemeine Zeitung vom 17. Oktober 2011) wurde in Rheinland-Pfalz ein Einsatz von Quellen-Telekommunikationsüberwachung vorbereitet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Vorbereitung der Maßnahme einer sogenannten „Quellen-TKÜ“?
2. Was war der Hintergrund des geführten Ermittlungsverfahrens?
3. Lag der Maßnahme ein richterlicher Beschluss zugrunde?
4. Warum wurde die Maßnahme abgebrochen?

5. Abgeordnete

**Astrid Schmitt und
Hans Jürgen Noss (SPD)**

Geplanter Feldversuch des Bundesverkehrsministeriums mit Gigalintern

Auf der Verkehrsministerkonferenz Anfang Oktober 2011 wurde u. a. der geplante Feldversuch mit Gigalintern auf deutschen Straßen diskutiert. Ein Antrag, den Bund zum Verzicht auf den Test mit den rund 25 Meter langen Lkw aufzufordern, fand bei jeweils acht Ja- und Nein-Stimmen keine Mehrheit. Zugleich äußerten die Verkehrsminister in einem Beschluss verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Absicht des Bundesverkehrsministeriums, den Feldversuch ohne Zustimmung von Bundestag und Bundesrat durchzuführen. Die Bundesländer, die sich gegen Gigalinter ausgesprochen haben, sollen von dem geplanten Feldversuch ausgenommen werden. Das Bundesverkehrsministerium erhofft sich von dem Einsatz der Gigalinter eine Verkehrsentlastung und weniger Kraftstoffverbrauch. Kritiker befürchten negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit und auf den Zustand von Brücken und Straßen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den geplanten Feldversuch mit Gigalintern auf deutschen Straßen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Absicht des Bundesverkehrsministeriums, den Feldversuch ohne Zustimmung von Bundestag und Bundesrat durchzuführen?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, den Einsatz von Gigalintern auf rheinland-pfälzischen Straßen dauerhaft nicht zuzulassen?

**6. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)**

Neue Kommunikationsagentur der Nürburgring Automotive GmbH

„Beck gerät in die Defensive“, so titelt der Bonner Generalanzeiger am 1. Oktober 2011 und berichtet von einer neuen Agentur in den Diensten von Automotive, der Pächterfirma des Nürburgrings mit Kai Richter in der Geschäftsführung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind der Landesregierung für die Beauftragung der Kommunikationsberatung der Firma des Herrn Steinkühlers durch die Automotive GmbH in Zusammenhang mit dem Nürburgring bekannt?
2. In welcher Krise steckt das Nürburgringprojekt mit Auswirkung auf die Nürburgring GmbH vor dem Hintergrund, dass es in der Werbung für die Dienste der Agentur von Herrn Steinkühler wörtlich heißt: „Wir helfen in Notlagen. Unternehmen und Politiker lassen sich von uns durch und aus Krisen herausführen.“?
3. Welche Auswirkung auf die Zusammenarbeit der Nürburgring GmbH mit der Nürburgring Automotive GmbH haben Äußerungen des neuen Kommunikationsberaters am Nürburgring wie: „Kurt Becks SPD im Strudel um bestellte Wahrheiten“, oder die Frage, „ob vor der Landtagswahl mit getürkten Besucherzahlen getrickst“ worden sei?
4. Welche Ankündigungen zu Regressforderungen der Nürburgring Automotive GmbH im Zusammenhang nicht fertiger Elemente im Nürburgringprojekt sind der Landesregierung bisher bekannt?

**7. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatz von Überwachungssoftware (Trojaner) in Rheinland-Pfalz

Anlässlich der „Analyse einer Regierungsmalware“ (sogenannter Trojaner) des Chaos Computer Clubs (CCC) stellt sich die Frage, inwieweit solche Software auch in Rheinland-Pfalz vorhanden ist und zum Einsatz kam. Die vom CCC untersuchte Software ermöglicht das Erstellen von Bildschirmfotos und den Mitschnitt von Tastaturanschlägen. Damit überschreitet die aufgefundene Software das sogenannte „Computer-Grundrecht“, da allgemeine Persönlichkeitsrechte verletzt werden, ohne dass dafür eine Ermächtigungsgrundlage besteht. Damit ist der analysierte Trojaner verfassungswidrig.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sind in Rheinland-Pfalz sogenannte Trojaner bislang zum Einsatz gekommen und wenn ja, aus welchem Anlass?
2. Welche Firma bzw. Behörde wurde mit der Konzeption des Trojaners beauftragt?
3. Wer hat vor dem Einsatz der Software die Einhaltung der im richterlichen Beschluss enthaltenen Vorgaben geprüft?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der jetzt geführten Diskussion?

**8. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz,
Marcel Hürter und
Thorsten Wehner (SPD)**

Weinlese 2011

Die Winzerinnen und Winzer sind in den Weinanbaugebieten in Rheinland-Pfalz mit der Weinlese, mit Qualität und Ertrag sehr zufrieden. Die gute Herbstwitterung hat die Weinlese zudem begünstigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Weinlese 2011 für die einzelnen Weinanbaugebiete im Land?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Reifeverlauf der einzelnen Rebsorten in diesem Erntejahr?
3. Welche Weinqualitäten sind aus oenologischer Sicht zu erwarten?
4. Wie werden sich voraussichtlich erzielte Weinmenge und Qualität der Trauben in den rheinland-pfälzischen Weinanbaugebieten auf die Preisentwicklung, Gewinnmargen und den Weinabsatz auswirken?

**9. Abgeordneter
Matthias Lammert (CDU)**

Ankündigung der Landesregierung, im Innenressort 1 000 Stellen bis 2016 abzubauen

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Bereichen plant die Landesregierung den Stellenabbau (einzeln aufgeführt z. B. nach Katasterverwaltung, Polizei, Straßenbau etc.)?
2. Handelt es sich bei den 1000 Stellen um Vollzeitstellen oder um Köpfe?
3. In welchen zeitlichen Abschnitten – einzeln aufgeführt nach Jahren – ist der Stellenabbau vorgesehen?
4. Welche Einsparungen werden in dem vorgesehenen Zeitraum erzielt (einzeln aufgeführt nach Jahren)?

**10. Abgeordnete
Marion Schneid und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)**

Einstellungen in den Schuldienst an berufsbildenden Schulen

Zum 1. November 2011 steht der nächste Einstellungstermin an den berufsbildenden Schulen bevor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Referendarinnen und Referendare bereiten sich auf ihr Zweites Staatsexamen zum 1. November 2011 im Bereich der berufsbildenden Schulen vor?
2. Wie viele von ihnen haben eine Fächerkombination mit mindestens einem Fach, das als Mangelfach bezeichnet werden kann?
3. Wie viele Junglehrkräfte mit Zweitem Staatsexamen im Bereich der berufsbildenden Schulen haben dieses Jahr im direkten Anschluss an ihren Vorbereitungsdienst keine Planstelle erhalten?
4. Inwieweit ist es korrekt, dass mittlerweile auch für Lehrkräfte für das Lehramt an berufsbildenden Schulen eine Verbeamtung außerhalb der regulären Einstellungsstermine nicht mehr möglich ist?

**11. Abgeordnete
Thorsten Wehner,
Marcel Hürter und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)**

Walnussfruchtfliege

Medien haben aktuell über ein Auftreten der Walnussfruchtfliege in der Pfalz berichtet. Nach Erkenntnissen der Gartenakademie am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz in Neustadt (DLR) ist die Walnussfruchtfliege, die aus Amerika stammt, in der Pfalz erstmals vor ca. vier bis fünf Jahren aufgetaucht. Die Larven fressen vom Fruchtfleisch um die Nuss, doch können sie nicht in den Kern vordringen, der durch die Holzschale geschützt ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über einen Befall von Walnussbäumen durch die Walnussfruchtfliege in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Schäden entstehen bei einem Befall durch die Walnussfruchtfliege?
3. Wer kann bei einem Befall beraten?
4. Welche Maßnahmen bzw. Vorbeugemaßnahmen sind möglich, um eine Ausbreitung bzw. Vermehrung der Walnussfruchtfliege einzudämmen?

12. Abgeordnete

**Daniel Köbler und
Jutta Blatzheim-Roegler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

A 643

Laut Koalitionsvertrag strebt die Landesregierung für den Ausbau der A 643 in dem Bereich zwischen der Anschlussstelle Mainz-Mombach und dem Autobahndreieck Mainz eine Ausbauvariante auf vier Spuren und zwei Standspuren, die bei Bedarf zu Fahrspuren werden können, an. Dieses Modell wurde beim Runden Tisch des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur den Bürgerinitiativen und Betroffenen vorgestellt und allseits begrüßt.

Die von der Landesregierung angestrebte Variante zur Ertüchtigung der A 643 in Mainz zeigt auf, wie es gelingen kann, Infrastrukturprojekte unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und zur Förderung der regionalen Entwicklung umzusetzen. Geplant ist der Ausbau auf vier Spuren plus zwei Standspuren, die bei Bedarf und unter Zuhilfenahme eines modernen Verkehrsleitsystems zu Fahrspuren werden können. Dabei wird zusätzlicher Flächenverbrauch verhindert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Nach welchem Zeitplan erfolgen der Neubau der Schiersteiner Brücke und die Ertüchtigung der A 643 zwischen dem Dreieck Mainz und dem Schiersteiner Kreuz?
2. Welcher Kostenrahmen wird für die Maßnahmen von der Landesregierung angenommen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Realisierung der angestrebten Variante eines vierspurigen Ausbaus der A 643 zuzüglich zweier, bei Bedarf als Fahrspuren nutzbarer Standspuren?
4. Inwieweit werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Planungen einbezogen?

13. Abgeordneter

Christian Baldauf (CDU)

Sicherung wirtschaftlich tragfähiger Energiekosten

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Entwicklung der Kosten für elektrischen Strom in Rheinland-Pfalz erwartet die Landesregierung für die kommenden vier Jahre?
2. Welche Kostenfaktoren werden in den kommenden vier Jahren diese Entwicklung bestimmen?
3. Welche wirtschaftlichen Konsequenzen für die energieintensiven Industrien, für die Kaufkraft und den Lebensstandard der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz ergeben sich daraus?
4. Welche Höhe sollte nach Auffassung der Landesregierung der Strompreis in Rheinland-Pfalz nicht übersteigen, um spürbare Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu vermeiden?

14. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)**

Förderkontingente an rheinland-pfälzischen Grundschulen zum neuen Schuljahr

Berichten von Grundschulleitern zufolge hat sich die Versorgung mit Poolstunden in diesem Schuljahr deutlich verschlechtert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Poolstunden wurden im vergangenen und aktuellen Schuljahr von Grundschulen beantragt?
2. Wie viele Poolstunden wurden jeweils genehmigt?
3. Wie wurden die möglichen Reduzierungen begründet?
4. Inwiefern plant die Landesregierung perspektivisch eine Veränderung der Poolstunden im Grundschulbereich?

15. Abgeordneter**Nils Wiechmann****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Großer Erfolg der Bundesgartenschau in Koblenz**

Die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz hat die Erwartungen bei Weitem übertroffen. Über 3,5 Millionen Besucher haben die BUGA sowie die Rahmenveranstaltungen besucht. Nie zuvor haben so viele Besucherinnen und Besucher das Angebot einer Bundesgartenschau wahrgenommen.

Die Stadt Koblenz und die Region Mittelrhein haben sich durch die Durchführung der BUGA und den Tourismus nachhaltig positiv entwickelt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Bilanz der BUGA insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche und touristische Aspekte?
2. Welche Aspekte sind aus Sicht der Landesregierung die wichtigsten, die es bei der Umsetzung eines umfassenden Nachnutzungskonzepts der BUGA zu beachten gilt?
3. Inwieweit sollen die Bürgerinnen und Bürger an der Erarbeitung eines Nachnutzungskonzepts der BUGA beteiligt werden?
4. Welche Chancen sieht die Landesregierung, um auch nach der BUGA den Schwung zu nutzen und einen qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Tourismus in Koblenz und der Region Mittelrhein zu fördern und zu gewährleisten?